**Statut der Sektion Wien
der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter**

§ 1

Die Sektion Wien ist eine Sektion der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter im Sinne des § 8 der Satzungen dieser Vereinigung. Sie wird im Rahmen dieser Satzungen nach dem folgenden Statut tätig.

§ 2

Die Sektion Wien beteiligt sich an der Erreichung des Vereinszwecks der Vereinigung insbesondere durch

- a.** aktive Mitarbeit in den bundesweiten Gremien und Organen der Vereinigung unter der besonderen Berücksichtigung der Interessen ihrer Mitglieder;
- b.** Organisation und Durchführung von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen;
- c.** Mitwirkung an Veranstaltungen, die der Vorstellung des Berufsbildes einer Richterin/eines Richters dienen;
- d.** Herausgabe der Sektionszeitung „Die Wiener Richterin/Der Wiener Richter“;
- e.** Stellungnahmen zu Gesetzesvorschlägen und Fragen der Praxis;
- f.** Vertretung der Interessen der Richterschaft im Wirkungsbereich;
- g.** Wahrnehmung der im Dienst- und Organisationsrecht der Gerichte vorgesehenen Mitwirkungs- und sonstigen Rechte im Wirkungsbereich.

§ 3

- (1) Die Mitgliedschaft zur Sektion Wien bestimmt sich nach den Satzungen der Vereinigung.
- (2) Der Sprengel der Sektion Wien entspricht in örtlicher Hinsicht dem Sprengel des Landesgerichts für Zivilrechtssachen Wien.
- (3) Unter „Mitglied“ ist in diesem Statut nur ein Mitglied der Sektion Wien zu verstehen.

§ 4

Die Organe der Sektion Wien sind

- a) die Sektionsversammlung,
- b) der Sektionsausschuss,

- c) die Sektionsleitung und
- d) die Obfrau/der Obmann.

Sektionsversammlung

§ 5

In der Sektionsversammlung haben alle Mitglieder Sitz und Stimme. Die Sektionsversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordentlich einberufen wurde (§ 10) und zur Zeit ihrer Eröffnung mindestens 60 Mitglieder anwesend sind. Fehlt diese Mindestzahl, so ist die Sektionsversammlung eine halbe Stunde später ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig.

§ 6

Die Sektionsversammlung wird vom Obmann/von der Obfrau oder dessen/deren VertreterIn (§ 22 Abs. 4) geleitet. Der/die SchriftführerIn (§ 17) führt ein Protokoll. Jedes Mitglied hat das Recht, in dieses Einsicht zu nehmen.

§ 7

Die Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Abstimmungsergebnisse obliegt dem/der LeiterIn der Versammlung, dem/der SchriftführerIn (§ 17) und dem nach Jahren ältesten weiteren anwesenden Ausschussmitglied; sie entscheiden hierüber mit Mehrheit.

§ 8

Eine Vertretung Abwesender durch eine dem/der LeiterIn der Versammlung nachzuweisende schriftliche Bevollmächtigung ist zulässig, jedoch darf kein/e MachthaberIn mehr als 25 Vertretungen ausüben.

§ 9

Die Sektionsversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit, soweit im Statut nichts anderes bestimmt ist.

§ 10

Die Sektionsversammlung ist vom Obmann/von der Obfrau oder dessen/deren VertreterIn (§ 22 Abs. 4) schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen. Zwischen der Versendung der Einberufung und dem Tag der Versammlung müssen bei der ordentlichen Sektionsversammlung mindestens drei Wochen, bei der außerordentlichen mindestens eine Woche liegen.

§ 11

(1) Die ordentliche Sektionsversammlung hat in jedem Jahr im Zeitraum von 1. September bis 30. November stattzufinden.

(2) Auf ihre Tagesordnung ist jeder Punkt, den der Ausschuss beschließt, sowie ein Punkt "Allfälliges" zu setzen. Zu diesem kann sich jedes Mitglied zu Wort melden; die Sache wird behandelt, wenn dies die Sektionsversammlung beschließt.

(3) Ferner ist auf die Tagesordnung jeder Punkt zu setzen, dessen Aufnahme bis spätestens vier Wochen vor der Sektionsversammlung von einem Ausschussmitglied oder von zehn Mitgliedern schriftlich verlangt wird.

§ 12

(1) Eine außerordentliche Sektionsversammlung hat binnen drei Wochen dann stattzufinden, wenn dies mindestens 60 Mitglieder oder, sollte diese Zahl kleiner als 60 sein, ein Drittel der Sektionsmitglieder, unter Angabe eines bestimmten Tagesordnungspunktes schriftlich von dem Obmann/der Obfrau verlangen oder der Ausschuss dies beschließt.

(2) Wird die außerordentliche Sektionsversammlung nicht binnen einer Woche von den in § 10 genannten Personen einberufen, so ist die außerordentliche Sektionsversammlung von dem an Lebensjahren ältesten Antragsteller einzuberufen.

§ 13

Die Änderung dieses Statuts oder die Auflösung der Sektion kann nur mit Zweidrittelmehrheit der in einer Sektionsversammlung anwesenden oder vertretenen Mitglieder beschlossen werden, wenn sie bei Einberufung der Versammlung auf der Tagesordnung stand und mindestens 100 Sektionsmitglieder anwesend oder vertreten sind.

Sektionsausschuss

§ 14

Dem Sektionsausschuss obliegt die Beschlussfassung

a) über die Vertretung der Sektion in der Hauptversammlung der Vereinigung (§ 13 Abs. 2 der Satzungen);

b) über die Nominierung von zumindest drei Mitgliedern der Sektion Wien für den Vorstand der Vereinigung (§ 24 der Satzungen);

c) in allen anderen Angelegenheiten, die nicht einem anderen Organ übertragen sind.

§ 15

(1) Der Sektionsausschuss besteht aus dem Obmann/der Obfrau, den ersten und zweiten StellvertreterInnen und acht weiteren Mitgliedern.

(2) Ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied kann von den von den RichteramtswärterInnen des Sprengel des OLG Wien gewählten RiAA-Sprechern aus ihrem Kreis namhaft gemacht werden, das unter der Bedingung einer aufrechten Mitgliedschaft in der Vereinigung durch den Sektionsausschuss für die Dauer des laufenden Kalenderjahres als Ausschussmitglied kooptiert wird. Die Kooptierung erfolgt in der ersten Ausschusssitzung nach Bekanntgabe.

§ 16

Der Sektionsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Einladung an alle Ausschussmitglieder versendet wurde und mindestens 6 Ausschussmitglieder anwesend sind. Den Vorsitz führt der Obmann/die Obfrau, bei Verhinderung der/die Vertreter/in nach § 22 Abs. 4. Der Sektionsausschuss fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit; bei Stimmgleichheit gilt jene Meinung, der sich der/die Vorsitzende angeschlossen hat. Umlaufbeschlüsse sind zulässig, sofern sich zumindest 9 Ausschussmitglieder an der Abstimmung beteiligen.

§ 17

Der Sektionsausschuss wählt aus seiner Mitte einen/eine SchriftführerIn. Diese/r hat über die Sitzungen Protokoll zu führen.

§ 18

(1) Die Funktion der Ausschussmitglieder beginnt am Tage nach der Verkündung des Wahlergebnisses (§ 36 Abs. 2) und endet am Tag der Verkündung des Ergebnisses der folgenden Wahl.

(2) Sie endet ferner mit dem Ende der Mitgliedschaft in der Sektion, mit dem schriftlich gegenüber dem Sektionsausschuss erklärten Rücktritt, mit der Abberufung, mit dem Eintritt einer Unvereinbarkeit im Sinne des § 20 Abs. 1 oder mit der Feststellung einer Unvereinbarkeit gemäß § 20 Abs. 2 durch den Sektionsausschuss.

(3) Scheidet der Obmann/die Obfrau aus, rückt vorläufig der/die erste/r Stellvertreter/in nach und der/die zweite Stellvertreter/in wird erste/r Stellvertreter/in. Ist die Stelle eines anderen Ausschussmitglieds unbesetzt, so kann der Ausschuss an dessen Stelle ein Mitglied kooptieren. Sämtliche Änderungen sind der nächsten Sektionsversammlung zur Bestätigung vorzulegen. Wird die Bestätigung versagt, so ist für die frei gewordene Funktion eine Nachwahl für den Rest der Funktionsperiode vorzunehmen.

§ 19

Die Abberufung eines Ausschussmitglieds kann von einer ordentlichen oder außerordentlichen Sektionsversammlung nur dann beschlossen werden, wenn sie bei Einberufung der Versammlung auf der Tagesordnung steht. Die Sektionsversammlung ist in diesem Tagesordnungspunkt - abweichend von § 5 - nur dann beschlussfähig, wenn

mindestens 100 Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Die Abberufung kann nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

§ 20

(1) Eine Mitgliedschaft im Sektionsausschuss ist mit der Funktion folgender Personen unvereinbar:

- a) PräsidentIn oder VizepräsidentIn des Oberlandesgerichtes oder eines Gerichtshofes,
- b) Leitende Visitorin/Leitender Visitor,
- c) RichterInnen, die dem Bundesministerium für Justiz dienstzugeordnet sind.

(2) Eine Unvereinbarkeit im Sinne einer Interessenkollision zwischen den Interessen der Vereinigung oder der Sektion einerseits und den Interessen des Dienstgebers oder anderer widerstreitender Interessen andererseits kann auch aus der Ausübung einer anderen Tätigkeit als der in Abs. 1 genannten Funktionen bestehen.

(3) Über das Vorliegen einer Unvereinbarkeit gemäß Abs. 2 entscheidet der Sektionsausschuss über Antrag eines Ausschussmitglieds.

(4) Die Beschlussfassung über einen solchen Antrag ist den Ausschussmitgliedern mindestens eine Woche vor der Ausschusssitzung anzukündigen und erfordert die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Ausschussmitglieder, sowie eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen für das Ausscheiden des Ausschussmitglieds. Der Beschluss ist der nächsten Sektionsversammlung zur Bestätigung vorzulegen. Wird die Bestätigung versagt, erlangt das zuvor ausgeschlossene Mitglied wieder Sitz und Stimme im Sektionsausschuss.

Sektionsleitung

§ 21

Der Obmann/die Obfrau und die beiden StellvertreterInnen bilden die Sektionsleitung. Sie üben ihr Amt im Einvernehmen mit dem Sektionsausschuss aus, es sei denn, die Dringlichkeit der Geschäfte lässt eine Befassung des Sektionsausschusses nicht zu.

Obmann/Obfrau

§ 22

(1) Der Obmann/die Obfrau vertritt die Sektion nach außen. Ihm/ihr obliegt im Zuständigkeitsbereich der Sektion Wien die Wahrnehmung der im Dienst- und Organisationsrecht der Gerichte vorgesehenen Mitwirkungs- und sonstigen Rechte zur Wahrung der Interessen der Richterschaft. Er/sie führt die Kasse der Sektion. Der Obmann/die Obfrau kann seine Zuständigkeiten zum Teil an ein anderes Ausschussmitglied delegieren.

(2) Der Obmann/die Obfrau hat bei der Ausübung der in Abs.1 genannten Zuständigkeiten und deren Delegation im Einvernehmen mit dem Sektionsausschuss vorzugehen, es sei denn, die Dringlichkeit der Geschäfte lässt eine Befassung des Sektionsausschusses nicht zu.

(3) Der Obmann/die Obfrau hat der ordentlichen Sektionsversammlung einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung und des Ausschusses seit der letzten ordentlichen Sektionsversammlung zu erstatten. Er/sie hat dem Ausschuss und den Rechnungsprüfern der Vereinigung jährlich zum 30.9. Rechnung über die Finanzen der Sektion zu legen.

(4) Bei Verhinderung des Obmanns/der Obfrau wird er/sie durch den/die erste/n StellvertreterIn, bei dessen/deren Verhinderung durch den/die zweite/n StellvertreterIn und bei deren Verhinderung durch ein Ausschussmitglied in der Reihenfolge der Wahl vertreten.

Wahlen

§ 23

(1) Die Wahl des Obmannes/der Obfrau, der beiden StellvertreterInnen und acht weiterer Mitglieder des Sektionsausschusses findet alle vier Jahre im Zeitraum von 1. September bis 30. November statt.

(2) Jedes Mitglied ist aktiv und mit Ausnahme der in § 20 Abs. 1 genannten Personen auch passiv wahlberechtigt.

(3) Die Wahl ist geheim.

(4) Der für die Beurteilung der Wahlberechtigung maßgebliche Stichtag ist der der Benennung des Wahltags entsprechende Tag in der sechsten Woche vor der Wahl.

§ 24

(1) Die Ausschreibung und Durchführung der Wahl sowie die Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses obliegen der Wahlkommission. Diese besteht aus einem/einer Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern, die von der Sektionsversammlung zeitgerecht vor jeder ordentlichen Wahl mit einfacher Mehrheit zu wählen sind. Gleichzeitig sind sechs Ersatzmitglieder zu wählen. Die Wahlkommission entscheidet mit einfacher Mehrheit. Im Fall der Verhinderung eines Mitglieds der Wahlkommission rücken die übrigen (Ersatz-)Mitglieder in der Reihenfolge ihrer Wahl auf.

(2) Jede Wählergruppe, deren Wahlvorschlag versendet wurde (§ 25 lit. d), kann zur Wahl eine/n Beobachter/in in die Wahlkommission entsenden.

§ 25

Die Wahlkommission bestimmt den Tag der Wahl so, dass zwischen der Ausschreibung und dem Wahltag ein Zeitraum von mindestens sechs Wochen liegt. Die Ausschreibung hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Wahltag, das ist jener Tag, an dem die Wahlberechtigten ihr Wahlrecht unmittelbar durch Übergabe des Wahlkuverts an die Wahlkommission ausüben können oder an dem bis zum Ende der Wahlzeit die übersendeten Wahlkuverts eingelangt sein müssen;
- b) den Wahlort;
- c) die Bekanntgabe, wo am Wahlort und innerhalb welcher Zeit am Wahltag (Wahlzeit) die Stimmabgabe möglich ist;
- d) die Aufforderung, dass Wahlvorschläge schriftlich mit der Unterschrift von mindestens 15 Mitgliedern spätestens vier Wochen vor dem Wahltag bei dem/der Vorsitzenden der Wahlkommission eingelangt sein müssen, ansonsten sie den Mitgliedern nicht mehr zur Kenntnis gebracht werden; sowie
- e) die Mitteilung, wie die Stimmabgabe erfolgen kann, insbesondere, an wen Wahlkuverts übersendet werden können.

§ 26

Der Wahlkommission ist vom Obmann/von der Obfrau ein Verzeichnis aller wahlberechtigten Mitglieder zu übergeben, das jedem Mitglied auf Verlangen zu übersenden ist und in das im Sekretariat während der Amtsstunden Einsicht zu gewähren ist.

§ 27

In den Wahlvorschlägen ist eindeutig anzugeben, welches Mitglied für welche Funktion vorgeschlagen wird (§ 33). Als Zustellungsbevollmächtigte/r der betreffenden Wählergruppe gilt im Zweifel der/die Erstunterzeichnende.

§ 28

Die Wahlkommission hat jedem Mitglied ein Wahlkuvert, das für die Aufnahme des Stimmzettels bestimmt ist, mit einem daran befestigten Anhang so zu übermitteln, dass die Zustellung spätestens eine Woche vor dem Wahltag erfolgt ist. Alle rechtzeitig eingelangten Wahlvorschläge und ein leerer Stimmzettel sind gleichzeitig anzuschließen.

§ 29

Das Wahlrecht wird entweder durch persönliche Übergabe des Wahlkuverts an die Wahlkommission oder durch Übersendung desselben an den/die Vorsitzende/n oder seine/n Bevollmächtigte/n ausgeübt.

§ 30

(1) Im Falle der Übersendung ist der Anhang an dem Kuvert durch Angabe des Vor- und Zunamens, der Dienststelle oder Privatanschrift leserlich auszufüllen und zu unterfertigen. Die Übersendung erfolgt auf Kosten und Gefahr des Mitglieds, das auch für die weitere Umhüllung zu sorgen hat.

(2) Der/die Vorsitzende der Wahlkommission oder sein/e Bevollmächtigte/r hat die übersendeten Wahlkuverts in einem verschlossenen Behältnis zu sammeln und für dessen sichere Aufbewahrung im Sekretariat bis zum Wahltag zu sorgen.

§ 31

Bei der persönlichen Stimmabgabe am Wahltag vor der Wahlkommission ist der Anhang an dem Wahlkuvert vor der Stimmabgabe abzutrennen.

§ 32

(1) Als Stimmzettel kann jeder versendete Wahlvorschlag, auch mit Streichungen und Namensänderungen, oder der leere Stimmzettel verwendet werden; andere Stimmzettel sind ungültig.

(2) Wahlberechtigten, die zur persönlichen Stimmabgabe vor der Wahlkommission erscheinen, sind auf Verlangen ein Wahlkuvert, ein leerer Stimmzettel und die versendeten Wahlvorschläge auszuhändigen.

§ 33

(1) Der Stimmzettel hat drei Abschnitte zu enthalten.

(2) Im ersten Abschnitt ist der Obmann/die Obfrau zu wählen; auf diese/n entfallen 11 Punkte.

(3) Im zweiten Abschnitt sind der/die erste und zweite StellvertreterIn zu wählen; auf diese entfallen 9 bzw. 10 Punkte.

(4) Im dritten Abschnitt sind die acht weiteren Mitglieder des Sektionsausschusses zu wählen; auf sie entfallen nach ihrer Reihenfolge 8 bis 1 Punkt(e).

§ 34

Nach Ablauf der am Wahltag für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit hat die Wahlkommission vorerst die übersandten Wahlkuverts nach Abstreichen in der Wahlliste und Entfernung und Vernichtung des Anhangs in die Wahlurne zu geben und sodann die Stimmzählung vorzunehmen. Nach Ablauf der am Wahltag für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit einlangende Wahlkuverts sind nicht mehr zu berücksichtigen.

§ 35

(1) Gültig ist die Stimmabgabe im entsprechenden Abschnitt nur, wenn eindeutig zu ersehen ist, welches Mitglied für welche Funktion gewählt wird.

(2) Enthält ein Stimmzettel in den einzelnen Abschnitten mehr Namen als in § 33 Abs. 2 bis 4 vorgesehen sind, so bleiben darüber hinaus eingesetzte Namen unberücksichtigt, sofern dem Stimmzettel eine Reihung der Namen eindeutig zu entnehmen ist. Enthält er in den einzelnen Abschnitten weniger Namen, so bleibt er dennoch gültig. Ist der Name desselben Mitglieds auf einem Stimmzettel mehrmals verzeichnet, so ist er bei der Zählung der Wahlpunkte nur an der Stelle mit der höchsten Wahlpunktezahl zu berücksichtigen.

(3) Wahlpunkte, die im ersten oder zweiten Abschnitt (§ 33) auf ein dort nicht gewähltes Mitglied entfallen, sind vom ersten in den zweiten und dritten, vom zweiten in den dritten Abschnitt weiterzuzählen, nicht aber umgekehrt.

(4) Gewählt ist, wer im ersten Abschnitt die höchste Punktezahl, im zweiten Abschnitt die höchste und zweithöchste Punktezahl, im dritten Abschnitt die höchste bis achthöchste Punktezahl erzielt hat.

§ 36

(1) Die Wahlkommission hat das Wahlergebnis unverzüglich in einer von ihren Mitgliedern unterfertigten Niederschrift festzuhalten, welche während der Amtsstunden im Sekretariat aufzulegen ist, allen Mitgliedern zur Einsicht offen steht, und jedem Mitglied auf Verlangen zu übersenden ist. Es kann binnen vierzehn Tagen nach Veröffentlichung auf der Webseite der Vereinigung von jeder/m Wahlberechtigten beim Schiedsgericht (§ 38 der Satzungen der Vereinigung) angefochten werden.

(2) Das Wahlergebnis ist von der Wahlkommission am Wahlort unmittelbar nach Anfertigung der Niederschrift mündlich zu verkünden, binnen einer Woche auf der Webseite der Vereinigung zu veröffentlichen und ehestens in der Österreichischen Richterzeitung kundzumachen.

(3) Die abgegebenen Stimmzettel und Wählerlisten sind für die Dauer eines Jahres nach der Wahl, im Falle der Anfechtung bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung über diese Anfechtung aufzubewahren.

§ 37

(1) Vor Ablauf der vierjährigen Funktionsperiode sind nach Maßgabe von § 18 Abs. 3 oder, wenn der Sektionsausschuss nur noch aus sechs Mitgliedern besteht, Nachwahlen für den Rest der Funktionsperiode vorzunehmen.

(2) Die Durchführung von Nachwahlen obliegt der für die letzte ordentliche Wahl bestellten Wahlkommission. Die Bestimmungen für die ordentlichen Wahlen sind für Nachwahlen sinngemäß anzuwenden, wobei sich Stimmzettel und Wahlvorschläge auf die vakanten Stellen zu beschränken haben.

Schiedsgericht

§ 38

Streitigkeiten aus den Vereinsverhältnissen sind gemäß § 38 der Satzungen vor einem Schiedsgericht auszutragen.

Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

Dieses Statut wurde in der Sektionsversammlung vom 16.11.2016 beschlossen. Es tritt mit 1.12.2016 in Kraft und ist bis zur nächsten ordentlichen Wahl mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Sektionsausschuss aus 12 gewählten und dem/der jeweils nach § 15 Abs. 2 zu kooptierenden RiAA-Sprecher/Sprecherin besteht.